

Polizei sichert größtmögliche Transparenz zu

Geschwärzte G20-Akten: Innensenator Grote will Vorgang noch einmal überprüfen lassen – Einzelne Beamte waren sehr vorsichtig

HAMBURG. In der Debatte um geschwärzte Akten für den G20-Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft hat die Polizei größtmögliche Transparenz im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zugesichert.

„Wir sind natürlich daran interessiert, das so transparent wie möglich zu machen. Wir wollen keineswegs etwas vertuschen“,

sagte Polizeisprecher Ulf Wundrack am Mittwoch.

Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Christiane Schneider, hatte „exzessive Schwärzungen“ und die Entnahme von einzelnen Akten beklagt. „Außer für Telefonnummern und Namen, die dem Datenschutz unterliegen, erkenne ich für die Schwärzungen keinen Grund –

nur das Bestreben der Polizeiführung, jede parlamentarische Aufklärung zu sabotieren“, erklärte Schneider.

Als Beispiel führte sie zwei Ordner an, in denen 73 von 88 beziehungsweise 60 von 87 Seiten von der Polizei entfernt worden seien. Wundrack räumte ein, dass „unter massivem Zeitdruck“ vermutlich mehr Stellen als un-

bedingt nötig geschwärzt worden seien.

Innensenator Andy Grote (SPD) hatte im Sonderausschuss zuletzt zugesichert, noch einmal prüfen zu lassen, ob die teils geschwärzt gelieferten Akten nicht doch veröffentlicht werden könnten. Dass überhaupt Unterlagen unleserlich gemacht oder aus den Akten entnommen wor-

den seien, begründete Grote mit der Vorsicht einzelner Beamter. Diese hätten sich im Zweifel für die Sicherheitsbelange der Behörden entschieden. Wundrack kündigte an, die Polizei werde im Einzelfall prüfen, ob und was dem Ausschuss doch wieder zugänglich gemacht werden könne. Er sprach dabei von mehr als 400 G20-Aktenordnern. (dpa)

Psychiatrische Klinik

Polizist wird mit Messer angegriffen

HAMBURG. In einer psychiatrischen Klinik in Hamburg-Bergedorf ist am Mittwoch ein Polizist mit einem Messer angegriffen und verletzt worden. Daraufhin habe ein Beamter einen Schuss abgegeben, sagte eine Polizeisprecherin.

Ob der angegriffene Polizist schoss, konnte sie noch nicht sagen. Auch die Person mit dem Messer habe Verletzungen erlitten. In einer Polizeimitteilung hieß es, ein Patient des Krankenhauses und mindestens ein Polizeibeamter seien verletzt worden.

Die Beamten seien wegen einer „Bedrohungslage“ in die Klinik des Bethesda-Krankenhauses gerufen worden, sagte die Sprecherin. Weitere Einzelheiten waren zunächst noch unklar. Eine Sprecherin des Krankenhauses konnte zunächst nichts zu dem Vorfall sagen. (dpa)

Prozess

Profiboxer Ismail Özen vor Gericht

HAMBURG. Der ehemalige Hamburger Profiboxer Ismail Özen muss sich am Donnerstag (9.15 Uhr) vor dem Amtsgericht Altona verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft dem 37-Jährigen Körperverletzung vor. Özen soll am 13. Juli 2016 in Altona die hintere Tür eines Autos aufgerissen und einem Insassen einen heftigen Faustschlag ins Gesicht versetzt haben. Der Mann soll dabei eine Gesichtsfaktur erlitten haben. Er musste vier Tage im Krankenhaus behandelt werden. Özen soll ferner am 21. März 2017 ein Auto gefahren haben, obwohl gegen ihn ein Fahrverbot verhängt worden war.

Der Boxer, der mit Janina Otto, Tochter des Unternehmers Michael Otto, verheiratet ist, hatte den Faustschlag Anfang des Jahres eingeräumt. Er habe sich in einer Notwehr-Situation befunden, dabei aber einen Unschuldigen getroffen, sagte er. (dpa)

Hamburg platzt aus allen Nähten

Anstieg der Bevölkerungszahl auf zwei Millionen

Von Markus Lorenz

HAMBURG. Schafft Hamburg das? Nachdem laut aktuellen Zahlen ein Anstieg der Bevölkerungszahl auf zwei Millionen in Reichweite kommt, hat die Diskussion darüber begonnen, ob die Hansestadt dem Boom gewachsen ist. „Hamburg ist grundsätzlich in der Lage, ein solches Wachstum zu bewältigen“, sagte der Stadtentwicklungsforscher Jörg Knieling auf Anfrage.

Die Elbmetropole verfüge über Flächenreserven, etwa im Hafen sowie durch weitere Nachverdichtungen. Zugleich hält Knieling aber eine enge Abstimmung mit den Nachbarländern für unabdingbar, um die Bevölkerungszunahme stadtvorgängig abzuwickeln. „Die Stadt-Umland-Zusammenarbeit ist langfristig der Schlüssel.“

Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft wächst Hamburg von 1,79 Millionen Einwohnern (2015) bis 2035 um 162 000 auf 1,95 Millionen. Das entspricht einer Zunahme um 9,1 Prozent – und das, nachdem die Einwohnerzahl schon im laufenden Jahrzehnt um fast 150 000 angewachsen ist. Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) hat das Erreichen der Zwei-Millionen-Marke bereits vor vier Jahren abisiert.



Kommentar

Metropolregion first

Von Markus Lorenz

Hamburg steht vor einem weiteren kräftigen Wachstumsschub, die Zwei-Millionen-Schallmauer kommt in Sicht. Im Prinzip ist das eine gute Nachricht. Die Stadt ist attraktiv, und die Zuziehenden können sie noch vielfältiger, lebendiger und reicher machen. Allerdings würde blinde Euphorie der historischen Binnenexpansion nicht gerecht. All die neuen Einwoh-

Nach damaligen Berechnungen hätte der Sprung über die zweite Millionengrenze erhebliche Folgen: Die Zahl der sozialversicherten Arbeitsplätze müsste von damals 900 000 auf mindestens eine Million ansteigen, zu den 900 000 Wohnungen müssten weitere 100 000 gebaut werden. Die Stadt bräuchte 120 neue Kindergärten mit 12 000 Plätzen und 2000 zusätzlichen Erzieherinnen, 38 neue Schulen mit 800 zusätzlichen Lehrern für 19 000 zusätzliche Schüler. Und an den Hochschulen würden 10 000 zusätzliche Studenten ihren Abschluss anstreben. Scholz hielt und hält das innerhalb der Stadtgrenzen für machbar. Sein Credo: „Das erwartete Bevölkerungswachstum ist keine Bedrohung, sondern eine Chance.“

SPD-Fraktionschef Andreas Dressel sagte zur aktuellen Studie: „Wir buhlen nicht um Einwohner, Hamburg wächst ohnehin.“ Es gehe darum, dieses Wachstum sozial verträglich zu gestalten. Dressel verweist auf das Wohnungsprogramm des rot-grünen Senats zur Schaffung von jährlich 10 000 zusätzlichen Wohneinheiten.

Die rege Bautätigkeit stößt allerdings auf Widerstand bei Umweltschützern. Der Nabu Hamburg will im Dezember die Volksinitiative „Hamburgs Grün erhalten“ starten, um die Vernichtung von Grünflächen für Großwohnsiedlungen zu stoppen. Malte Siebert, Leiter Umweltpolitik beim

ner brauchen bezahlbaren Wohnraum, Jobs, Erholungsflächen, Verkehrsmittel, Schulen und vieles mehr. All das auf dem begrenzten Raum eines Stadtstaates zusätzlich zur Verfügung zu stellen, ist eine Herkulesaufgabe – die sich ohne die Nachbarn nicht wird lösen lassen.

Im Speckgürtel gibt es jene Flächenreserven, die in der Millionenstadt knapp sind. Olaf Scholz: „Hamburg first“ war gestern. Jetzt sollte es heißen: „Metropolregion first“.



Immer mehr Menschen wollen nach Hamburg ziehen. Die Zwei-Millionen-Marke wird 2035 erreicht.

Foto Bockwoldt/dpa

Nabu, fordert: „Die Studie belegt einmal mehr, dass Hamburg eine vorausschauende Stadtentwicklung benötigt, die auch die Metropolregion einbeziehen muss.“ Im Klartext: Der Verband will einen Teil der Flächenbedarfe für Woh-

nen und für Gewerbe im Speckgürtel decken.

In diese Richtung denkt auch Stadtentwicklungswissenschaftler Knieling. „Hamburg muss stärker den regionalen Zusammenhang betrachten.“ Ein derartiger Boom sei kaum allein auf dem Gebiet des Stadtstaates zu bewältigen – es sei denn um den Preis der Vernichtung von Freiräumen: „Hamburg darf nicht Landschaftsschutzgebiete oder zu viele Kleingärten bebauen. Das wäre kurzfristige Politik.“ Für entscheidend hält der Forscher auch eine einwohner- und umweltverträgliche Mobilität in der wachsenden Region. Knieling plädiert in dem Zusammenhang dafür, eine zu den Akten gelegte Idee zu entstauben. „Hamburg braucht jetzt den Mut, die Pläne für eine Stadtbahn wieder aufzunehmen.“

Flaschenwürfe

G20-Gipfel: Prozess gegen Gewalttäter

HAMBURG. Im Prozess gegen einen mutmaßlichen Gewalttäter bei den G20-Protesten haben am Mittwoch zwei Zeugen die schlimmen Folgen eines Flaschenwurfs geschildert. Der Angeklagte habe am 4. Juli in Hamburg-Ottensen mit ihm und seinen Begleitern gesprochen, dann aber unvermittelt eine Flasche in Richtung eines Polizeiautos geworfen, sagte einer der Zeugen nach Angaben eines Gerichtssprechers vor dem Amtsgericht Altona.

Die Flasche habe eine Frau am Kopf getroffen. Darum sei er sogleich zur Polizei gegangen, die den Mann festnahm. Die durch den Wurf am Kopf verletzte Frau sagte: „Ich hörte die Glocken im Kopf läuten.“ Die 50 Jahre alte Pädagogin war an jenem Abend mit einer Freundin unterwegs gewesen, ohne an einem Protest gegen das Gipfeltreffen teilzunehmen. Wegen der Kopfverletzung war sie gut zwei Wochen krankgeschrieben.

Angeklagt ist ein 23-Jähriger aus Österreich. Ihm wird gefährliche Körperverletzung, versuchte Sachbeschädigung, tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und Bedrohung vorgeworfen. Seine Verteidigerin stellte den Antrag, vier weitere Zeugen zu hören. Der Prozess soll am 12. Oktober fortgesetzt werden. (dpa)

Bewährungsstrafe

Italiener für Flaschenwürfe verurteilt

HAMBURG. Wegen zweier Flaschenwürfe auf Polizisten bei den G20-Protesten hat das Amtsgericht Hamburg-Altona einen 30-Jährigen aus Italien zu anderthalb Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Zudem muss er eine Geldbuße von 1000 Euro zahlen, wie ein Gerichtssprecher sagte.

Der Angeklagte hatte nach Überzeugung des Gerichts am Abend des 7. Juli im Schanzenviertel aus einer größeren Gruppe heraus zwei Flaschen auf Polizisten geschleudert. Die Beamten wurden im Kopf- und Brustbereich getroffen, blieben aber vermutlich dank ihrer Schutzausrüstung unverletzt. Nach der Festnahme wurden bei dem Angeklagten eine Gasmaske und eine Taucherbrille gefunden. Die Zeugenaussage eines verdeckten Ermittlers und Videoaufnahmen überzeugten das Gericht von der Schuld des Angeklagten. Unter den zahlreichen Zuschauern im Gericht seien auch Familienangehörige und Freunde aus Italien gewesen. (dpa)

Flughafen Hamburg

Jobmesse zeigt Wege zu einem neuen Job

HAMBURG. Ziel der Messe „Jobs Kompakt“ im Hamburger Flughafen ist es, wechselwilligen Fachkräften, Neu- oder Wiedereinsteigern und Arbeitssuchenden aller Branchen Wege zu einem neuen Job aufzuzeigen und/oder Weiterbildungsinteressierten über Qualifizierungsmöglichkeiten zu informieren. Etwa 150 Unternehmen präsentieren am Mittwoch, 11. Oktober, in der Zeit von 9 bis 16 Uhr, freie Stellenangebote sowie Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Ein kostenloser Bewerbungsmappen-Check sowie ein Rahmenprogramm mit Fachvorträgen und Firmenpräsentationen runden das Angebot ab. Eine kostenlose Anmeldung ist notwendig. (st)

www.bewerbertag.de

Mehr Suizide in Gefängnissen

Hamburger Politik ist alarmiert – Schon vier Fälle seit Jahresbeginn

Von Bernhard Sprengel

HAMBURG. Eine gestiegene Anzahl von Suiziden in den Gefängnissen hat die Hamburger Politik alarmiert. Innerhalb von drei Wochen haben sich im August und September nach Angaben der Justizbehörde drei Menschen das Leben genommen. Seit Jahresbeginn sind es vier Fälle. Das ist nach Angaben des justizpolitischen Sprechers der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Richard Seelmaecker, die höchste Zahl seit 2009. Im vergangenen Jahr hatte sich nur ein Gefangener selbst getötet, 2015 waren es zwei Fälle gewesen und 2014 kein einziger.

2013 hatte die Justizbehörde ein sogenanntes Suizidscreening eingeführt, das von Spezialisten am Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) entwickelt wurde.

Seitdem soll durch eine Befragung bei der Aufnahme ins Gefängnis eine mögliche Suizidgefahr erkannt werden.

Seelmaecker kritisierte, dass für Sport und andere Angebote, die zu einer Senkung des Risikos führen, das Personal in den Haftanstalten fehle. „Es fallen ganz viele Freizeitangebote weg“, sagte der Abgeordnete. Auch Besuchskontakte seien nur eingeschränkt möglich.

Die Sprecherin der Justizbehörde, Marion Klabunde, sagte dazu, bei Gefangenen mit Suizidgefahr werde genau darauf geachtet, dass sie Sport- und Freizeitangebote bekämen. Aus einer Senatsantwort auf eine Anfrage Seelmaeckers geht allerdings hervor, dass es in der Zeit der beiden letzten Suizide Einschränkungen

beim Sport-, Telefon- und Besuchsangebot gab. Die beiden Gefangenen, die Suizid begingen, seien davon aber nicht betroffen gewesen, betonte Klabunde.

Für Menschen in Haft haben die Behörden eine besondere Verantwortung. „Die sind in staatlicher Obhut“, sagte Seelmaecker. Zugleich sind Gefangene besonders suizidgefährdet, wie der Leiter des Instituts für Sexualforschung und Forensische Psychiatrie am UKE, Professor Peer Brienke, im Justizausschuss erklärte. Mit der Inhaftierung rissen viele persönliche Bezüge ab, familiäre Beziehungen, Wohnung und Arbeit drohten verloren zu gehen. Außerdem seien Gefangene häufiger von psychischen Störungen betroffen, oft seien sie drogen- oder medikamentenabhängig.



In den Gefängnissen haben sich in den ersten neun Monaten des Jahres vier Menschen das Leben genommen.

Foto Charisius/dpa

Unter den jüngsten Suizidfällen war auch ein 40 Jahre alter mutmaßlicher Islamist aus Syrien. Der justizpolitische Sprecher der Linksfraktion, Martin Dolzer, stellte in der Ausschusssitzung am vergangenen Freitag die Frage, ob Gefangene mit Herkunft aus Kriegsgebieten besonders gefährdet seien. Justizsenator Till

Steffen (Grüne) betonte daraufhin, dass dem 40-Jährigen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen worden sei, nicht die Teilnahme an Kampfhandlungen. Gefangene mit terroristischem Hintergrund gelten nach Angaben der Justizbehörde als Hochrisikogruppe in Bezug auf Suizidgefahr.